

BLICKPUNKT: ZEHN JAHRE „WIR SCHAFFEN DAS“

Was wir geschafft haben – und was nicht

Vor zehn Jahren flüchteten Hunderttausende Menschen nach Deutschland. Haben sie eine Arbeit gefunden, eine gute Bildung für ihre Kinder? Wo wohnen sie? Und fallen sie als Straftäter besonders auf? Ein Zwischenfazit für sechs Bereiche, für die wir Daten ausgewertet und mit Experten gesprochen haben.

VON KARA BALLARIN

Allein 2015 suchten 890.000 Menschen Schutz in Deutschland – so viele wie nie zuvor oder danach in einem einzigen Jahr. Im Unterschied zu Arbeitsmigranten sind Flüchtlinge kaum auf ihr neues Leben vorbereitet, sagt Franck Düvell, Leitender Wissenschaftler am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien der Universität Osnabrück, der RHEINPFALZ. „Sie haben keine Sprachkurse vorher belegt, Unterlagen fehlen, das macht die Ausgangsbedingungen viel schwieriger.“

Im Gegensatz etwa zu Menschen aus der Ukraine, von denen aufgrund des russischen Angriffskriegs seit 2022 mehr als eine Million eingereist sind, spricht Düvell für 2015 und 2016 von einer „eher typischen Gruppe“: Überwiegend junge Männer mit unterdurchschnittlichem Bildungsstand aus Ländern jenseits Europas – vor allem aus Syrien, Afghanistan und dem Irak. Hat ihre Integration geklappt?



Sehr viele der Geflüchteten, die 2015 nach Deutschland kamen, arbeiten – aber oft in Hilfstätigkeiten. FOTO: DPA

Arbeit

Laut dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) arbeiteten 2022 etwa zwei Drittel der 2015 eingereisten Flüchtlinge. Damit liegt die Quote nur leicht unter der des Bevölkerungsdurchschnitts mit 70 Prozent. Rund drei Viertel von ihnen arbeiten in Vollzeit, viele aber in Hilfstätigkeiten. Und es gibt ein massive Gefälle zwischen den Geschlechtern. 86 Prozent der geflüchteten Männer hatten acht Jahre nach ihrer Ankunft einen Job – eine höhere Quote als die deutscher Männer. Derweil arbeitete nur ein Drittel der geflüchteten Frauen nach acht Jahren. Düvell zieht einen Vergleich zur Erwerbstätigkeit bei deutschen Frauen in den 1970er Jahren. Hier lohne es anzusetzen – durch Förderung und Kinderbetreuung.

„Langfristig betrachtet ist die Arbeitsmarktintegration damals besonders gut gelungen“, auch im internationalen Vergleich, bilanziert Düvell. „Wir sind langsamer, gerade auch wegen Verzögerungen durch Sprachkurse, aber nachhaltiger und die Menschen sind zufriedener“, sagt der Migrationsforscher. Bei Geflüchteten aus der Ukraine habe die Integration in den Arbeitsmarkt drei Mal schneller geklappt. Im Durchschnitt sei der Bildungsgrad höher, die Menschen seien aus einem Land in ein anderes gezogen – ohne die Erfahrung einer langen, teils traumatischen Flucht, und mit der Möglichkeit, sofort arbeiten zu dürfen. „Bei der Arbeitsmarktintegration haben wir es geschafft“, sagt Düvell. Anders sehe es aus beim:



Noch immer wohnen viele die 2015 nach Deutschland kamen, in kommunalen Unterkünften. FOTO: DPA

Wohnen

Noch immer lebten 15 bis 25 Prozent der 2015 Eingereisten in kommunalen Einrichtungen und nicht in einer eigenen Wohnung, erklärt Düvell. Als Gründe dafür nennt er eine „strukturelle Knappheit“ auf dem Wohnungsmarkt. Seit vielen Jahren entsteht zu wenig Wohnraum. Hinzu komme, dass Menschen wegen ihres Namens oder Aussehens von Vermietern mitunter diskriminiert würden, sagt er.



Es war ein enormer Kraftakt: Hunderttausende Menschen flüchteten 2015 nach Deutschland. Eiligst wurden immer mehr Turnhallen zu notdürftigen Unterkünften umfunktioniert. Inzwischen haben viele der damals Geflüchteten eine eigene Bleibe gefunden – aber längst nicht alle. FOTO: DPA



In Schulen und Kitas läuft nicht alles rund FOTO: DPA

Bildung

Nachholbedarf sieht Düvell zudem in den Bildungseinrichtungen – auch wenn sich hier einiges getan habe. 2015 habe es massiv an Plätzen in Kitas gemangelt, an Erfahrung im Umgang mit vielen Kindern ohne Deutschkenntnisse gefehlt. Die Belastung für Schulen war ab 2015 enorm. 2014, also vor dem Flüchtlingssommer, besuchten 34.000 Kinder aus den wichtigsten Asylherkunftsstaaten die Schule, drei Jahre später waren es rund sieben Mal so viele. Die Lage bleibt angespannt, auch weil wegen des Ukraine-Kriegs 2022/2023 weitere rund 200.000 Kinder und Jugendliche nach Deutschland kamen.

Eine Studie des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung kam 2022 zur Erkenntnis, dass die Praxis, Kinder ohne Deutschkenntnisse in gesonderten Klassen zu unterrichten, weniger erfolgreich ist als sie direkt in Regelklassen aufzunehmen. Manche Länder haben diese Praxis inzwischen geändert, analysiert der Mediendienst Integration. Zur Frage, wie viele der geflüchteten Kinder welchen Schulabschluss erreicht haben, gebe es keine Daten.



Inzwischen gibt es Bezahlarten für Flüchtlinge. FOTO: DPA

Sozialleistungen

Nach Zahlen des IAB bezogen im Januar 43,7 Prozent der Menschen aus den wichtigsten Asylherkunftsstaaten Sozialleistungen. Darin enthalten sind allerdings auch Schülerinnen und Schüler oder Geflüchtete, die et-

wa wegen Kinderbetreuung oder einer Ausbildung nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. „Das sind zum Teil auch zusätzliche Leistungen, insbesondere für Mieten und Nebenkosten“, erklärt Düvell.

Dass Menschen wegen solcher Leistungen nach Deutschland kommen, bezeichnet er als Mythos. „Natürlich gibt es solche Einzelfälle“, sagt Düvell, „aber die sind statistisch nicht relevant. Den Magnetmechanismus Wohlfahrtsstaat gibt es nicht, das zeigen Studien Jahr um Jahr.“ Attraktiv sei Deutschland vor allem dann, wenn die Menschen hier schon Angehörige haben. „Die zweitgrößte Attraktion ist der Arbeitsmarkt“, erklärt Düvell. „Mit Sozialleistungen sind die Menschen nicht vertraut. Darauf setzen sie nicht.“



Trauermarsch für den von einem Afghanen getöteten Mannheimer Polizisten Rouven Laur. FOTO: DPA

Kriminalität

Ob Flüchtlinge besonders kriminell sind, wird wohl so hitzig diskutiert wie keine andere Frage im Kontext Flucht und Migration. Vor allem die AfD emotionalisiert damit stark – wenn etwa Bundeschefin Alice Weidel im Bundestag von „alimentierten Messermännern“ spricht. Auch die Union zeichnet mitunter ein verzerrtes Bild. Kanzler Friedrich Merz (CDU) hat vor der Bundestagswahl etwa sein Zustrombegrenzungs-gesetz, für das er Stimmen der AfD im Bundestag in Kauf genommen hat, auch mit „täglichen stattfindenden Gruppenvergewaltigungen aus dem Milieu der Asylbewerber heraus“ begründet.

Diese Rechnung geht nicht auf. Für 2023 weist die Polizeiliche Kriminalstatistik 761 solcher Taten aus – grob zwei pro Tag. Mit einem Anteil von 48 Prozent sind Ausländer, die 15 Prozent der Bevölkerung ausmachen, deutlich überrepräsentiert. Darunter werden aber auch Arbeitsmigranten und Touristen erfasst. Der Anteil an Geflüchteten unter den Tatverdächtigen lag bei 14 Prozent. Bei einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von etwa 3,6 Prozent sind auch sie überrepräsentiert, aber nicht jeden Tag Teil einer Gruppenvergewaltigung.

Der Blick auf die Zahlen zeigt, dass Flüchtlinge in der Polizeilichen Kriminalstatistik bei einer Reihe von Delikten überrepräsentiert sind. Im jüngsten Lagebild „Kriminalität im Kontext von Zuwanderung“ des Bundeskriminalamts (BKA) für 2023 betrug ihr Anteil an den Tatverdächtigen bei Straftaten gegen das Leben 11,2 Prozent, bei Gewalttaten 9,1 Prozent und bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung 8,4 Prozent.

Dass das Thema kriminelle Flüchtlinge vor der jüngsten Bundestagswahl einen Aufschwung erlebt hat, erklärte der damalige CDU-Spitzenkandidat Merz zudem mit einer Reihe tödlicher Attacken von Flüchtlingen: im Mai auf dem Mannheimer Marktplatz gegen den Polizisten Rouven Laur, im August 2024 in Solingen, im Januar in Aschaffenburg, im Februar in München. Anschläge wie diese schockieren und erregen Aufmerksamkeit – viel mehr als etwa die Amokfahrt eines Deutschen aus Ludwigshafen vergangenen März durch die Mannheimer Planken, bei der zwei Menschen starben. Einer Analyse des Nachrichtenportals Buzzfeed zufolge gab es zur Amokfahrt in Mannheim im Vergleich zu jener in München weniger als halb so viel Berichterstattung. Sekou Keita, Wissenschaftler am IAB, sagt dazu: „Wenn der Tatverdächtige ein Deutscher ist, ist es gefühlt weniger relevant.“

Kriminologen betonen immer wieder, dass Flüchtlinge häufiger von Faktoren betroffen sind, die Kriminalität befördern – etwa eine prekäre soziale Lage und das anfängliche Verbot zu arbeiten. Ein überwiegender Anteil sind junge Männer – eine demografische Gruppe, die in der Kriminalstatistik auch unter Deutschen stark überrepräsentiert ist. Studien zeigten zudem, dass Fremde häufiger angezeigt werden. Das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen etwa kam 2022 auf Basis eines Surveys zu jugendlichen Gewalttaten zu dem Ergebnis, dass 6,6 Prozent der Fälle angezeigt werden, wenn Täter und Opfer deutsch sind. Ist das Opfer deutsch, der Täter aber nicht, wird er doppelt so häufig angezeigt.

All diese Faktoren spielten eine Rolle, sagt Jörg Kinzig, Leiter des Instituts für Kriminologie an der Universität Tübingen, der RHEINPFALZ. Dennoch werden solche Einordnungen mitunter als Schönfärberei diskreditiert. Zuletzt hat der forensische Psychiater Frank Urbanik mit einem Buch für Debatten gesorgt, in dem er darlegt, dass bestimmte Nationalitäten bei Gewalt- und Sexualdelikten massiv überrepräsentiert seien. Kriminologen, Journalisten und Politiker reden das Problem aber oft klein. Dagegen wehrt sich Kinzig vehement. „Selbstverständlich wird in der Kriminologie schon seit langem die sta-

tistische Mehrbelastung verschiedener Personengruppen diskutiert.“ Im BKA-Lagebild für 2023 heißt es etwa, dass Flüchtlinge aus den Maghreb-Staaten Algerien, Marokko und Tunesien gemessen an ihrem Anteil an den Geflüchteten bei Straftaten massiv überrepräsentiert sind.

Zwei Aspekte hebt Kinzig hervor: „Zum einen kann man nicht genug betonen, dass die überwältigende Mehrheit der Geflüchteten nicht mit Gewaltdelikten auffällig wird“, sagt er. „Zudem ist zu sehen, dass Ausländer nicht nur Tatverdächtige, sondern vor allem auch Opfer sind.“ Ihr Anteil an den Opfern von Straftaten gegen das Leben lag 2023 bei 10,2 Prozent. In 5,3 Prozent aller registrierten Straftaten waren Flüchtlinge 2023 Opfer – drei von vier Delikten waren dabei Fälle von Körperverletzung.



Gegen die Flüchtlingspolitik von Kanzlerin Angela Merkel gab es regelmäßig Demonstrationen. FOTO: DPA

Stimmung

Als Wendepunkt gilt die Silvesternacht 2015 in Köln, nach der 1600 Straftaten auf dem Platz vor dem Dom angezeigt wurden, 500 davon hatten mit sexualisierten Übergriffen zu tun. Von den fast 300 ermittelten Tätern war ein Großteil nicht deutsch, allein mehr als die Hälfte stammte aus den Maghreb-Staaten. Heftig wurden Medien kritisiert, weil sie zaghaft über die Nationalität der Täter berichteten.

Der Pressekodex, eine Art ethischer Leitfaden für Journalisten, wurde daraufhin geändert. Vorher hieß es, die Herkunft von Tatverdächtigen solle nur bei „begründetem Sachbezug“ genannt werden. Seitdem ist die Nennung legitim, wenn ein „begründetes öffentliches Interesse“ vorliegt. Medienforscher Thomas Hestermann analysierte für 2023, dass in rund einem Drittel der Berichte über Gewalt-Delikte die Herkunft der Tatverdächtigen genannt wurde – in vier von fünf Fällen handelte es sich um Ausländer. In der Polizeilichen Kriminalstatistik mache ihr Anteil indes ein Drittel aus.

Der Sozialwissenschaftler Steffen Mau bezeichnet Asylpolitik als Triggerpunkt mit großem Erregungspotenzial. Das weiß die AfD. Deren Ex-

Vorsitzender Jörg Meuthen spricht im ZDF sogar von einer „großen Rettung der AfD durch Frau Merkel“. Umfragen sahen sie vor dem Flüchtlingssommer 2015 bei etwa drei Prozent. Dann hat sie Flüchtlinge zum Kernthema gemacht und ist nun größte Oppositionsfraktion im Bundestag.

Seit mehr als drei Jahrzehnten erforscht die R+V Versicherung per Umfrage die Ängste der Deutschen. Die Befragung zeigt, dass Flucht und Migration Ängste auslösen – und einer Konjunktur unterliegen. Die Ängste vor einer „Überforderung des Staates durch Geflüchtete“ und vor „Spannungen durch Zuzug ausländischer Menschen“ stiegen 2016 und blieben auf hohem Niveau, bis sie 2020 an Bedeutung verloren. Seit 2023 erleben die beiden Ängste eine Renaissance.

Das spiegeln Erhebungen von Infratest Dimap für die ARD wider. Nach Analyse des Meinungsforschungsinstituts dominierten die Themen Innere Sicherheit und Zuwanderung neben sozialer Sicherheit die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl im Februar. Beide Themen spielten zur Wahl 2021 kaum eine Rolle.

Migrationsforscher Düvell spricht von einem Dilemma: „Die Gesellschaft will das eigentlich nicht, aber wir brauchen Migranten und Geflüchtete.“ Er verweist auf ein Gespräch mit der Leiterin eines Wohlfahrtsverbands, die ihm gesagt habe, in der Pflege werde jeder gebraucht – auch abgelehnte Asylsuchende. „Der Reflex zu sagen, wir machen die Grenzen zu, weisen zurück, führen Quoten ein, ist juristisch und pragmatisch fragwürdig – das zeigen mehr als genug Belege aus der Forschung.“

Neben einer gerechteren Verteilung von Flüchtlingen in Europa fordert Düvell: „Man kann und sollte mehr tun, um Fluchtsachen zu minimieren.“ Ein Beispiel sei die Diskussion um Flugverbotszonen über Syrien 2015, die diskutiert, aber nicht umgesetzt wurden. „Das hat dazu geführt, dass Präsident Assad und Russland Aleppo bombardiert haben und 1,5 Millionen Menschen in die Türkei geflüchtet sind.“ Düvell plädiert für mehr Engagement der Bundeswehr. „Wer so viele Flüchtlinge nicht will, muss mehr robuste Auslandseinsätze akzeptieren, um Flucht zu verhindern.“ Statt Geld für Entwicklungspolitik zu streichen, brauche es mehr Mittel, damit die Menschen in ihren ersten Ankunftsländern wie Mali oder der Türkei bleiben können.

DIE SERIE

Die Flüchtlingszuzug 2015 hat Deutschland verändert. Wir berichten in dieser Serie darüber, was damals passierte und wie heute die Lage ist. Alle bisher erschienenen Texte finden Sie auf rheinpfalz.de/themen/wir-schaffen-das.

